

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juni 1957

135/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. Walther W e i ß m a n n, ^{Dipl.-Ing.} Dr. W e i ß, W u n d e r und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend die Sicherheitsverhältnisse an der kärntnerisch-jugoslawischen Grenze.

-.-.-.-.-.-.-.-

An der kärntnerisch-jugoslawischen Grenze kommt es immer noch zu Grenz-
zwischenfällen, vor allem aber kommen ständig Flüchtlinge aus Jugoslawien über
diese Grenze, die von jugoslawischen Grenzorganen öfters verfolgt und auch be-
schossen werden.

Der Sicherheitsdirektor von Kärnten, Dr. Odlasek, verhindert jede In-
formation der Presse über diese Zwischenfälle und hat sogar einen Zollbeamten,
der als Privatmann über das, was er an der Grenze über derartige Ereignisse
hörte, einer Zeitung Hinweise gab, durch die Staatspolizei überwachen ^{lassen.} / Schließ-
lich forderte er von der vorgesetzten Dienststelle des Zollbeamten dessen Ver-
setzung.

Durch die mangelhafte Information der Bevölkerung wird der Anschein er-
weckt, als ob an der Grenze alles in schönster Ordnung sei. Das führt dazu, daß
Bergsteiger, die sich in dieses Gebiet begeben, vielleicht etwas sorgloser sind,
als den gegebenen Umständen entspricht. Erst am vergangenen Samstag wurden
drei Bergsteiger von jugoslawischen Grenzorganen festgenommen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister
für Inneres die

A n f r a g e :

Besteht ein Verbot, die Öffentlichkeit über verschiedene Zwischenfälle an
der Grenze zu informieren, bzw. geht die mangelhafte Berichterstattung auf die
Initiative des Herrn Sicherheitsdirektors von Kärnten zurück?

-.-.-.-.-.-.-.-